

Landeswahlprogramm 2009

Der Landesparteitag am 25.4. hat den nachfolgenden Text als Wahlprogramm für die Landtagswahl 2009 beschlossen.

Inhaltsverzeichnis

Präambel

1. Gute Arbeit - besser wirtschaften

- 1.1. Die Sächsische Wirtschaft in der Krise
- 1.2. Ein Schutzschirm für die Menschen
- 1.3. Wirtschaft: sozial und ökologisch
- 1.4. Umkehr in der Lohnpolitik
- 1.5. Kleine und mittelständische Unternehmen stärken, Regionen unterstützen
- 1.6. Sachsen - Land der Innovationen
- 1.7. Beschäftigung öffentlich fördern
- 1.8. Öffentliche Unternehmen stärken
- 1.9. Fachkräftemangel entgegenwirken
- 1.10. Arbeitsplätze schaffen, Zukunftsbranchen stärken
- 1.11. Die Rechte von Beschäftigten, Erwerbslosen und Verbrauchern stärken
- 1.12. Ausbildung und Beruf qualifizieren

2. Sozial gerecht und sicher leben

- 2.1. Selbstbestimmt und solidarisch
- 2.2. Aktiv Armut bekämpfen
- 2.3. Alternativen zu Hartz IV entwickeln
- 2.4. Würdevolles Leben im Alter
- 2.5. Kinder- und Jugendhilfe stärken
- 2.6. Flächendeckende Gesundheitsvorsorge sicherstellen
- 2.7. Gleichstellung ermöglichen
- 2.8. Vielfalt statt Diskriminierung
- 2.9. Familienfreundliches Sachsen
- 2.10. Soziale Daseinsvorsorge sicherstellen

3. Bildung und Kultur für alle und überall

- 3.1. In Bildung, Wissenschaft, Kultur investieren
- 3.2. Bildung ist keine Ware, sondern Persönlichkeitsentwicklung
- 3.3. Teilhabe an Bildung von Anfang an
- 3.4. Längeres gemeinsames Lernen
- 3.5. Schulische Bildung verbessern
- 3.6. Wohnortnahe Gemeinschaftsschulen einrichten
- 3.7. Kommunale Schulen mit pädagogischer Vielfalt
- 3.8. Sorbische Schulen
- 3.9. Kostenfreiheit für Schüler- und Schülerinnenbeförderung und Lernmittel

- 3.10. Außerschulische Jugendbildung stärken
- 3.11. Berufliche Bildung für alle und vor Ort
- 3.12. Lebenslanges Lernen unterstützen
- 3.13. Gebührenfreies Studieren bis zum Master
- 3.14. Autonomie und Demokratie der Hochschulen stärken
- 3.15. Sichere Arbeitsverhältnisse für wissenschaftlichen Nachwuchs
- 3.16. Sportförderprogramm entwickeln: Breiten- und Leistungssport unterstützen
- 3.17. Sachsen als Kulturstaat
- 3.18. Kulturelle Vielfalt erhalten
- 3.19. Kulturelle Teilhabe ermöglichen
- 3.20. Öffentliche Kultureinrichtungen stärken
- 3.21. Für sichere Arbeitsverhältnisse in Kultur und Medien
- 3.22. Kulturraumgesetz demokratisieren
- 3.23. Freie Kultur- und Kunstszene unterstützen
- 3.24. Kulturell-künstlerischen Nachwuchs fördern
- 3.25. Sorbische Kultur fördern

4. Sicher leben – Freiheit schützen

- 4.1. Sicherheit und Schutz der Bürgerinnen- und Bürgerrechte
- 4.2. Rechtsstaat erhalten
- 4.3. Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung ermöglichen
- 4.4. Kommunalpolitik stärken
- 4.5. Kommunalabgaben begrenzen
- 4.6. Mitwirkung erleichtern
- 4.7. Geschlechtergleichstellung – Aufgabe für alle öffentlichen Ebenen und Bereiche
- 4.8. Weltoffenes und kulturvolles Sachsen
- 4.9. Die extreme Rechte: eine Gefahr für die Demokratie

5. Umwelt schützen und Energiewende einleiten

- 5.1. Sozial-ökologischer Umbau als Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaft
- 5.2. Verantwortungsbewusste Verkehrs- und Wirtschaftspolitik ist nachhaltig
- 5.3. Erneuerbare Energien ausbauen, Landschaft erhalten
- 5.4. Ökologisch erzeugen und regional vermarkten
- 5.5. Natur-, Tier- und Artenschutz ernst nehmen

Schluss

Präambel

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
zwei Jahrzehnte nach dem Herbst 1989 ist das Versprechen von den „blühenden Landschaften“, das damals den Menschen in Sachsen gegeben wurde, fernab der heutigen Realität. Sachsen war seit Jahrhunderten eine Region, in der die Wirtschaft gedieh und bildete auch in der DDR das wirtschaftliche Zentrum des Landes. Die hohe Qualifikation der

Einwohnerinnen und Einwohner war die Grundlage dafür, dass die sächsische Ökonomie, aber auch Wissenschaft, Handel und Kultur eine Spitzenstellung einnahmen. Sachsen als Einwanderungsland bot Menschen ganz verschiedener Herkunft, Weltanschauungen oder Lebensweisen einen Platz. Kulturelle Offenheit und Innovationsfähigkeit waren über Jahrhunderte ein Markenzeichen Sachsens und Grundlage seines wirtschaftlichen Erfolgs. Nirgendwo sonst waren also die Bedingungen für die Einhaltung des Versprechens von den „blühenden Landschaften“ so gut wie in Sachsen.

Der Zusammenbruch des wirtschaftsliberalen Finanzsystems und der unvorstellbare Verlust von Volksvermögen in dreistelliger Milliardenhöhe haben den Vorwurf ad absurdum geführt, dass die LINKE den Wohlstand in Deutschland bedroht. Vielmehr ist es umgekehrt: Weil die bürgerliche Regierung ihrer Aufsichtspflicht nicht nachgekommen ist, muss jetzt die Masse der kleinen Leute, für die grandios verfehlte Finanzpolitik die Zeche zahlen.

Mit diesem Wahlprogramm legen wir, DIE LINKE in Sachsen, Ideen, Vorschläge und Konzepte für Sachsen vor, mit denen wir unser Land zum Besseren gestalten wollen. Wir wollen ermöglichen, dass jede Einwohnerin und jeder Einwohner dieses Landes ein Leben in Menschenwürde führen kann. Denn die Leistungen der Menschen in Sachsen sind in den letzten Jahren, bei allen sozialen Verwerfungen, die Grundlage dafür, dass Sachsen auch Erfolge zu verzeichnen hat. Ihrem Fleiß, ihren Initiativen, ihrer Bereitschaft zur Veränderung ist es zu verdanken, dass Sachsen lange Zeit als erfolgreichstes neues Bundesland galt. Die meisten Menschen leben gern in Sachsen. Damit das so bleibt und der begonnene Abstiegsprozess gestoppt und umgekehrt wird, braucht Sachsen einen Aufbruch aus der politischen Erstarrung.

Mit dem Verlust der sächsischen Landesbank und den damit verbundenen Belastungen in Milliardenhöhe für unseren Landeshaushalt hat die CDU ihren Ruf als Partei guter Finanzpolitik verloren. Anstatt einer soliden, auf die regionalen Aufgaben orientierten Arbeit wollte man auf den großen Märkten mitspielen und verlor dabei besonders gründlich. Die CDU hat das Vertrauen missbraucht, das ihnen von vielen Sachsen entgegengebracht wurde.

Auch in der Wirtschaftspolitik wird deutlich, dass die Rezepte der CDU nicht heilsam sind. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Sachsen verdienen nicht nur deutlich weniger als die in den alten Bundesländern. Ihr Verdienst ist sogar noch geringer als im Schnitt der neuen Bundesländer. Die CDU behauptet, dass dies ein Vorteil für Sachsen wäre.

Die Schere zwischen Sachsen und den alten Bundesländern öffnet sich weiter, das Inlandsprodukt Sachsens wuchs 2008 langsamer als das aller anderen Bundesländer. Nach zwanzig Jahren CDU - Politik muss festgestellt werden: es wurde nicht erreicht, was versprochen wurde.

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

viele, insbesondere junge Frauen und Männer, sehen schon seit langem nicht mehr ein, warum sie die Ergebnisse der Politik ausbaden sollen. Sie verlassen Sachsen und suchen ihr Glück anderswo. Seit 1990 sind dies über 700 000 Menschen. So verliert unser Land kompetente und fleißige Menschen. Die meisten Städte und Gemeinden in Sachsen schrumpfen auf dramatische Weise. Wenn diese Entwicklung nicht gestoppt wird, verliert Sachsen dauerhaft die Voraussetzungen für eine sich selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung.

DIE LINKE. Sachsen steht für einen Richtungswechsel in der sächsischen Politik hin zur sozialen Sicherheit, zu innovativem und nachhaltigem Wirtschaften. Wir wollen zukunftsfähige Bildung und Möglichkeiten der kulturellen Teilhabe, die niemanden von vornherein ausgrenzen. Dies wollen wir gemeinsam mit den Menschen erreichen. Nur ein Land, in dem man gut arbeiten, gut lernen und gut leben kann, ist auf Dauer attraktiv.

Soziale Sicherheit ist zu allen Zeiten, die Grundlage für Kreativität und ein selbstbestimmtes Leben. Es ist nur menschlich, dass die mit Abstand meisten Menschen ein Leben in sozialer Sicherheit anstreben, was für uns als LINKE nur in Verbindung mit sozialer Gerechtigkeit funktionieren kann und einhergeht. Denn aller Reichtum entsteht nicht, weil die wenigen, die über ihn verfügen, so viel getan hätten.

Er ist vielmehr das Ergebnis der Tätigkeit der vielen, die nur wenig davon haben. Soziale Gerechtigkeit ist eine Frage der Einflussmöglichkeiten auf Entscheidungen und der Verteilung des Reichtums. Davon hängt auch die soziale Sicherheit in der Gesellschaft ab. Dafür wollen wir regieren.

Die CDU hatte in Sachsen vier Wahlperioden Zeit, ihre Versprechungen einzulösen. Sie ist gescheitert. Dies muss auch der SPD ins Stammbuch geschrieben werden, die seit 2004 Mitverantwortung in der Regierung trägt.

Seit der politischen Wende hat sich unsere Partei DIE LINKE zur stärksten Oppositionspartei in Sachsen entwickelt, die wie keine andere Partei für soziale Gerechtigkeit steht. Auf allen Ebenen – in Europa, im Bund, im Land und in den Kommunen – beschränken wir uns nicht auf Widerstand und Protest, sondern bieten realisierbare politische Alternativen an. Wir haben die Kraft für einen nachhaltigen Politikwechsel, für die Durchsetzung einer neuen sozialen Idee, für ein innovatives und weltoffenes Sachsen.

DIE LINKE. Sachsen hat ihre Arbeit in den letzten Monaten auf Kernprojekte für einen Politikwechsel konzentriert, die wir Ihnen im Folgenden vorstellen wollen.

1. Gute Arbeit - besser wirtschaften

1.1. Die Sächsische Wirtschaft in der Krise

Sachsen gehörte früher zu den wirtschaftlich prosperierenden Regionen in Deutschland. Noch immer ist unsere Wirtschaftskraft stärker als die anderer ostdeutscher Länder. Allerdings ist die sächsische Wirtschaft durch die Deindustrialisierung Anfang der 90iger Jahre und die falsche Strategie, auf niedrige Löhne zu setzen, geschwächt. Wenige Großunternehmen, verlängerte Werkbänke, eine zu geringe Zahl von Unternehmen, ein kapitalschwacher Mittelstand und eine mangelnde Binnenkaufkraft sind die zentralen Probleme. Sachsen ist weit von einer sich selbst tragenden Wirtschaftsentwicklung entfernt. Der Abstand zu den westdeutschen Ländern ist nach wie vor groß. Die Hoffnungen der letzten Jahre auf einen erneuten Wirtschaftsaufschwung werden durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zunichte gemacht. Hinzu kommt eine neoliberale Politik, die mit der Agenda 2010 einen Höhepunkt gefunden hat. Sie hat mit ihrer Niedriglohnstrategie, zahlreichen und bewussten Deregulierungen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu einer Zunahme prekärer Beschäftigung und zur Stagnation der Realeinkommen der abhängig Beschäftigten geführt. Die kurzzeitige Entspannung auf dem sächsischen Arbeitsmarkt ist zu einem nicht unerheblichen Teil durch die Zunahme von Leiharbeit und geringfügiger Beschäftigung erkaufte worden. Hinzu kommt die Tatsache, dass viele von Arbeitslosigkeit Betroffene in Rente gegangen und damit aus der Statistik heraus gefallen sind. Inzwischen gibt es wieder einen deutlichen Anstieg der Arbeitslosenquote. Die Anmeldung von Kurzarbeit und die Ankündigung von Massenentlassungen sind die Vorboten einer schweren Wirtschaftskrise. Dies macht sich auf dem sächsischen Arbeitsmarkt bereits jetzt deutlich bemerkbar.

Wirtschaftskrisen sind im Kapitalismus systemimmanent. Dennoch gibt es politische Verantwortungsträger, die für die Schärfe der aktuellen Krise die Verantwortung tragen. Denn es war die Politik, die riskante Spekulationen auf den Finanzmärkten überhaupt erst ermöglicht hat, statt auf Investitionen in die „Realwirtschaft“ und eine starke Binnenkaufkraft zu setzen. Auch in Sachsen ist diese Strategie befürwortet und verfolgt worden.

1.2. Ein Schutzschirm für die Menschen

Die Arbeits-, Wirtschafts- und Finanzpolitik der LINKEN steht für einen grundlegend anderen Ansatz. Unser Ziel sind gute Arbeitsplätze zu menschenwürdigen Arbeitsbedingungen: mit einer existenzsichernden, fairen Entlohnung, welche die Leistungen der Menschen würdigt und die Binnenkaufkraft stärkt. Wir wollen mit der Förderung des Mittelstandes eine stabile Wirtschaftspolitik, die auch den strukturschwachen ländlichen Regionen zugute kommt und gleichwertige Lebensverhältnisse für alle schafft.

Wir werden alles daran setzen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise für die abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen so gering wie möglich zu halten. Es kann nicht sein, dass jetzt diejenigen für die Krise bezahlen sollen, die nicht für sie verantwortlich sind. Um die sächsische Wirtschaft in der Krise zu stabilisieren und die Arbeitsplätze zu sichern braucht Sachsen eine Konjunkturpolitik für Arbeitsplätze. Dazu gehören auch kurzfristige Lösungen für momentan gefährdete Unternehmen. Der Staat darf sich in dieser schwierigen Situation nicht aus der Verantwortung ziehen. Gleichzeitig müssen die Fehler der Vergangenheit vermieden werden.

Durch Teilverstaatlichung, Beteiligungen der öffentlichen Hand oder die Unterstützung von Mitarbeiterbeteiligungen am Unternehmenskapital kann die Politik wieder Einfluss auf Unternehmen gewinnen und dafür sorgen, dass ihre Wirtschaftstätigkeit dem Allgemeinwohl zu Gute kommt.

1.3. Wirtschaft: sozial und ökologisch

DIE LINKE. Sachsen weiß auch, industrielle Wertschöpfung ist für den Wohlstand der Gesellschaft und den sozialen Fortschritt unverzichtbar. Weil wir Gute Arbeit und Gutes Leben für die Menschen im Freistaat auf der Grundlage gerechter Verhältnisse wollen, kümmern wir uns ebenso entschieden um die Bedingungen der Entstehung der Güter und Leistungen.

Bei der Unterstützung von Unternehmen mit öffentlichen Mitteln zum Zweck der Konsolidierung und der Wachstumsfinanzierung soll die öffentliche Beteiligung des Freistaats Vorrang haben. Dafür wollen wir den „Sächsischen Beteiligungsfonds Nachhaltige Wirtschaft“ einrichten, in ihm sollen auch alle bereits direkt oder indirekt bestehenden Beteiligungen des Freistaates zusammengeführt werden.

Mit einem sozial-ökologischen Konjunkturprogramm für Sachsen wollen wir Arbeitsplätze erhalten, die Wirtschaft stabilisieren, modernisieren und auf Zukunftsfähigkeit ausrichten. Ein Schwerpunkt sollte daher auf innovativen und ökologisch nachhaltigen Technologien liegen. Sachsen hat die besten Voraussetzungen, durch seine lange Ingenieurstradition, gute technische Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie seine Erfahrungen in der Energieerzeugung zu dem Land ökologischer Innovation zu werden.

Bereits jetzt gibt es tausende Arbeitsplätze im Bereich erneuerbarer Energien. Viele neue Arbeitsplätze können hier entstehen, wenn in Solar- und Windenergie sowie in Geothermie, Methoden der Energieeinsparung oder der Entwicklung einer innovativen Produktpalette investiert wird. Auch die energetische Sanierung von Gebäuden nützt der Umwelt, schafft Arbeitsplätze und schont den Geldbeutel. DIE LINKE setzt auf nachhaltiges Wirtschaften und ökologische Innovation. In Sachsen befindet sich das einzige europäische Cluster der Mikroelektronik. Das wollen wir erhalten und ausbauen – wenn nötig auch mit gezielter staatlicher Unterstützung und Intervention.

Ein weiterer Baustein unseres Konjunkturprogramms ist die Investition in Bildung und soziale Infrastruktur. Mit Investitionen in Kitas und Schulen wollen wir den Investitionsstau in diesem Bereich reduzieren und eine hohe Investitionsquote halten. Wir wollen die Investitionstätigkeit der Kommunen stärken und dafür sorgen, dass auch finanzschwache Kommunen profitieren können.

1.4. Umkehr in der Lohnpolitik

Die geringe Binnenkaufkraft ist eine weitere Strukturschwäche der sächsischen Wirtschaft, da sie zu wenig Nachfrage und damit zu Instabilität sächsischer Unternehmen v.a. im Dienstleistungsbereich führt. Deswegen will DIE LINKE die Kaufkraft stärken. Aber auch aus anderen Gründen wollen wir eine Umkehr in der Lohnpolitik befördern. Viele Menschen in Sachsen arbeiten zu Niedrig- oder Armutslöhnen. Viele Menschen können von den Einkünften aus ihrer Arbeit nicht mehr leben. In kaum einem anderen Land gibt es mehr „Aufstocker“ als in Sachsen – also Menschen, die zusätzlich zu ihrer Arbeit zum Überleben noch Hartz IV beziehen müssen. Auch die viel zu geringe Tarifbindung sächsischer Unternehmen trägt zu dem geringen Lohnniveau in Sachsen bei. Deswegen streitet DIE LINKE im Bund für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes. Doch auch Sachsen hat die Möglichkeit, eine Umkehr in der Lohnpolitik zu befördern. Wir wollen zunächst alle rechtlichen Spielräume ausnutzen, damit öffentliche Aufträge nur noch an Firmen vergeben werden, die Mindestlöhne zahlen. Darüber hinaus wollen wir eine Tariftreueerklärung im Vergaberecht. Mit öffentlichen Geldern darf kein Lohndumping finanziert werden! Auch andere soziale Kriterien und das Verbot, Produkte aus Kinderarbeit zu beschaffen, müssen im Vergaberecht gesichert werden. Eine leistungsgerechte Bezahlung von Angestellten im öffentlichen Dienst und eine Initiative zur Lohnangleichung von Frauen und Männern sind weitere Schritte, um für faire Löhne zu sorgen. Die Angleichung der ostdeutschen Löhne an westdeutsches Niveau ist und bleibt eine wichtige Aufgabe. DIE LINKE wird sich gemeinsam mit den Gewerkschaften für Flächentarifverträge einsetzen.

1.5. Kleine und mittelständische Unternehmen stärken, Regionen unterstützen

Kleine und mittelständische Unternehmen sowie das Handwerk und der Tourismus sorgen für die Wirtschaftskraft der Regionen und sie stellen die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze zur Verfügung. Deshalb will DIE LINKE kleine und mittelständische Unternehmen und deren Vernetzung untereinander stärken. Auf den Mittelstand zu setzen ist ein weiteres Instrument, um die Wirtschaftskrise zu überstehen. Kleine und mittelständische Unternehmen, die in der Region investieren, statt auf Finanzmärkten zu spekulieren, haben sich als krisenfester erwiesen.

Eine gute Auftragslage und eine stabile Kreditversorgung sind nicht nur, aber gerade in der Krise Voraussetzung für die Stabilisierung von Handwerk und Mittelstand. Da es in Sachsen nur wenige Großunternehmen gibt, ist es umso wichtiger, dass die öffentliche Hand dafür

sorgt, dass Aufträge an kleine und mittlere Unternehmen aus der Region fließen. Deshalb fordert DIE LINKE schon seit vielen Jahren eine stetige kommunale Investitionspauschale, welche die Kommunen in die Lage versetzt, vor Ort zu investieren. Wo es erforderlich ist, müssen vor allem finanzschwache Kommunen vom Eigenanteil bei Kofinanzierungen für Investitionen befreit werden. Gegebenenfalls müssen rechtliche Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Würden die Aufträge stärker als bisher in der Region vergeben, könnten sie regionale Wirtschaftskreisläufe stärken.

Eine bessere Kreditversorgung wollen wir durch kommunale Sparkassen und Genossenschaftsbanken erreichen. Unsere Mittelstandspolitik ist eng mit der Stärkung von regionalen Wirtschaftskreisläufen statt einer einseitigen Orientierung auf Leuchtturmpolitik verbunden. Regionalentwicklung und Wirtschaftspolitik müssen aufeinander abgestimmt werden. DIE LINKE will daher Regionalbudgets einführen. Ein Teil der Fördergelder von EU und Bund, die in Sachsen zur Verfügung stehen, sollen pauschal in die Regionen gehen, damit mit der Sachkompetenz der Bürgerinnen und Bürger vor Ort entschieden wird, wofür sie eingesetzt werden. Damit wollen wir sicherstellen, dass auch ländliche Räume von öffentlichen Geldern profitieren und die Bevorzugung der Großstädte in der Wirtschaftsförderung unterbunden wird. Mit einer integrierten Politik für ländliche Räume sollen die Potentiale der Region gebündelt und besser genutzt werden.

Die ökonomischen Kontakte zu den Nachbarländern Polen und Tschechien müssen stärker gepflegt und der Aufbau grenzüberschreitender Wirtschaftsregionen forciert werden.

1.6. Sachsen – Land der Innovationen

Im Rahmen einer modernen Innovationspolitik wollen wir die Förderpolitik umgestalten. Kleine und mittelständische Unternehmen in Sachsen verfügen anders als Großunternehmen über keine eigenen Forschungsabteilungen. Technologietransfer zu Gunsten klein- und mittelständischer Unternehmen findet viel zu wenig statt. Mit Hilfe von Innovationsgutscheinen wollen wir dafür sorgen, dass kleine und mittelständische Unternehmen in Sachsen stärker als bisher von Innovationen profitieren und sie anwenden können, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und gleichzeitig einen Beitrag zur Stärkung der sächsischen Forschungsstandorte leisten. Sachsens Unternehmen und insbesondere neue Unternehmen verfügen über zu wenig Kapital, um sich am Markt zu etablieren. Deshalb wollen wir jungen Unternehmen Risikokapital zur Verfügung stellen. Wenn damit gleichzeitig eine öffentliche Beteiligung einhergeht, kann gesichert sein, dass ein Teil der Gewinne in die öffentlichen Haushalte zurückfließt und die Förderpolitik nicht länger ein reines Zuschussgeschäft darstellt. Revolvierende, sich selbst refinanzierende Fonds stellen ein weiteres Instrument dar, das kapitalschwache sächsische Unternehmen stärkt und die öffentlichen Haushalte gleichzeitig schont. DIE LINKE unterstützt Technologiezentren in ländlichen Regionen. Wir stehen für eine Neuausrichtung der Technologiepolitik auf ökologische Innovationen, die auf die Entwicklung und Vermarktung neuer Produkte und auf effiziente und ressourcenschonende Herstellung setzt.

1.7. Beschäftigung öffentlich fördern

Um Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen, bedarf es allerdings mehr als einer besseren Wirtschaftspolitik. Sachsen braucht endlich eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die sich die systematische Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit zum Ziel setzt. Die Auflage eines Landesarbeitsmarktprogramms ist längst überfällig. Die Arbeitsmarktpolitik von Land, Agentur für Arbeit und den Kommunen muss endlich besser koordiniert werden und gemeinsame Ziele verfolgen. Öffentlich geförderte Beschäftigung und Schaffung neuer Arbeitsplätze im sozialen und kulturellen Bereich müssen dabei eine wesentliche Rolle spielen. Statt demütigender Ein-Euro-Jobs wollen wir sozialversicherungspflichtige Alternativen, das heißt reguläre und existenzsichernde Arbeitsplätze, befördern. Ein „Non-Profit-Sektor“ zwischen Markt und Staat - also Arbeiten im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich - bietet viele Potentiale für neue Arbeitsplätze. Ob z.B. in Schulküchen, der Sozialarbeit oder im Umweltschutz - es gibt viel Arbeit zu tun, die nicht oder nicht ausreichend finanziert wird. Mit einer Bündelung der Gelder aus verschiedenen Töpfen wollen wir mehrjährige, existenzsichernde Arbeitsplätze schaffen. Außerdem würde dies die umfangreiche Trägerlandschaft in Sachsen stabilisieren und den Wegfall der ABM-Förderung durch den Bund kompensieren.

DIE LINKE tritt auf Bundesebene für eine Verlängerung der Bezugsdauer von ALG I ein. Wir wollen, dass Langzeiterwerbslose die gleichen Rechte beim Zugang zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen haben. Wir unterstützen die Selbstorganisation und Selbsthilfe von Erwerbslosen.

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind das Gegenteil von guter Arbeit. Wir wollen sie zugunsten regulärer Beschäftigung abschaffen und auch Leiharbeit daher begrenzen. Sie darf wirklich nur für einen kurzen Zeitraum zulässig sein. Es kann nicht sein, dass Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter für die gleiche Arbeit weniger verdienen und weniger Rechte haben als die Beschäftigten aus der Stammebelegschaft. DIE LINKE fordert: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Auch Mini-Jobs sind nicht das Beschäftigungswunder, das man sich mit ihrer Einführung versprochen hat. Denn sie führen zu keinerlei Ansprüchen auf Kranken- und Arbeitslosenversicherung sowie zu nur minimalen Rentenansprüchen, die zu Lasten der Betroffenen gehen und letztendlich durch die öffentliche Hand kompensiert werden müssen. Wir wollen Sozialversicherungspflicht ab der ersten Stunde. Statt der Ausbeutung von Praktikantinnen und Praktikanten wollen wir faire Praktika mit einem Mindestlohn von 300 Euro im Monat. Praktika dürfen nur der Ausbildung dienen und nicht anstelle regulärer Beschäftigung treten.

1.8. Öffentliche Unternehmen stärken

DIE LINKE will öffentliche Unternehmen stärken. Wir wenden uns strikt gegen die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Möglichkeiten zur Re-Kommunalisierung von Aufgaben der Daseinsvorsorge, wie z.B. der Energieversorgung, müssen vom Land unterstützt werden. Dabei müssen sich diese strikt am Gemeinwohlinteresse orientieren. Wir wollen die Auflösung der Sachsenfinanzgruppe, die jedoch nicht zu Lasten der Kommunen gehen darf. Die Stärkung kommunaler Sparkassen steht für uns im Mittelpunkt, denn sie haben mehrheitlich den Versuchungen riskanter Spekulationen auf den internationalen Finanzmärkten widerstanden und einen verantwortungsvollen Umgang mit den Ersparnissen ihrer Kunden bewiesen.

Öffentliche Unternehmen, aber nicht nur sie, sind in der Pflicht, Wirtschaftsdemokratie zu befördern. Die öffentlichen Beteiligungen in Sachsen müssen transparent gemacht, demokratisch kontrolliert und gesteuert werden. Die Vorlage eines sächsischen Subventionsberichtes, Transparenz bei der Fördermittelvergabe, aber auch die Offenlegung und Begrenzung der Gehälter von Managern und Geschäftsführern der öffentlichen Unternehmen gehören dazu.

1.9. Fachkräftemangel entgegenwirken

Durch das Ausscheiden von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus dem Arbeitsmarkt droht zumindest für einige Branchen ein Fachkräftemangel. Durch eine verantwortungsvolle Politik kann dies aber auch bedeuten, dass Erwerbslose eine Chance auf einen Arbeitsplatz erhalten oder ein beruflicher Aufstieg ermöglicht wird. Eine gezielte Anpassungsqualifizierung, die sich auch an ältere Menschen richtet, die stärkere Förderung von Fort- und Weiterbildung sowie eine zukunftsorientierte Ausbildungspolitik sind die richtigen Instrumente. Fachkräftemangel bietet auch die Möglichkeit, dass Menschen aus anderen Regionen nach Sachsen ziehen. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass sich die Löhne dem Niveau der westdeutschen Länder angleichen. Auch das spricht für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes und eine Umkehr in der Lohnpolitik.

Nicht nur qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter könnten rar werden: In vielen Betrieben stehen die Unternehmer vor dem Eintritt ins Rentenalter. Das Land ist auch hier in der Verantwortung dafür, dass im Interesse von Arbeitsplätzen und Wirtschaftskraft diese Unternehmen nicht einfach geschlossen, sondern ein Nachfolger oder eine Nachfolgerin gefunden wird. Unternehmensnachfolge kann z.B. für Angestellte des jeweiligen Betriebes oder für Hochschulabsolventen eine ökonomische Perspektive eröffnen. DIE LINKE. Sachsen will Existenzgründerinnen und Existenzgründer sowie die Unternehmensnachfolge kleiner und mittelständischer Unternehmen (durch sächsische Hochschulabsolventinnen und -absolventen) gezielt unterstützen, zum Beispiel durch spezielle Förderprogramme und Weiterbildungsangebote.

1.10. Arbeitsplätze schaffen, Zukunftsbranchen stärken

Die sächsische Wirtschaft kann sich mit staatlicher Unterstützung viele neue Potentiale erschließen, weitere zukunftsfähige Branchen aufbauen und einen sinnvollen Strukturwandel befördern. Wir wollen einen qualitativ hochwertigen Dienstleistungssektor mit guten Löhnen statt einer Dienstbotengesellschaft. Öffentliche Dienstleistungen stehen bei uns ganz vorn – wir wollen mehr und besser qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher und mehr Personal an den Hochschulen. Im Kulturland Sachsen mit seinen international renommierten Museen, Festivals und Theatern, mit einer lebendigen Sozio – und Alternativkultur und vielen kreativen Köpfen haben wir gute Voraussetzungen dafür, die Kreativ- und Kulturwirtschaft zu einem weiteren Standbein sächsischer Wirtschaft auszubauen. Dafür sind Beratung für Existenzgründerinnen und Existenzgründer, eine stärkere Vernetzung mit dem öffentlich geförderten Kulturbereich und eine stabile Finanzierung der Kulturszene Voraussetzung.

Auch im Bereich der Gesundheitswirtschaft müssen neue Arbeitsplätze entstehen. Sachsen ist das Land mit dem höchsten Anteil älterer Menschen. Der Bedarf an hochqualifiziertem und gut bezahltem Pflegepersonal wird steigen. Breitbandinternetanschlüsse sind immer mehr eine Voraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe der Menschen sowie Standortfaktor für Unternehmen. DIE LINKE. Sachsen setzt sich daher für eine flächendeckende Internet-Verfügbarkeit als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge ein. Dabei sieht sie vor allem die Unternehmen der Telekommunikationsbranche in der Pflicht, auch im ländlichen Raum leistungsfähige Anschlüsse bereitzustellen.

1.11. Die Rechte von Beschäftigten, Erwerbslosen und Verbrauchern stärken

DIE LINKE will gemeinsam mit Gewerkschaften und Erwerbsloseninitiativen die Rechte von Beschäftigten und Erwerbslosen ausbauen. Deshalb wollen wir endlich ein modernes Personalvertretungsgesetz für den öffentlichen Dienst durchsetzen. Weiteren Angriffen auf den Kündigungsschutz muss Sachsen im Bundesrat entschieden begegnen. Die Abschaffung der „Verfolgungsbetreuung“ von Langzeiterwerbslosen und anderer entwürdigender und sanktionierender Maßnahmen durch die ARGE n und Ämter sind die Ziele einer repressionsfreien Arbeitsmarktpolitik. Insbesondere die Rechte von erwerbslosen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sind in den letzten Jahren massiv beschnitten worden. Wir wollen eine Beteiligung von Erwerbslosenvertretungen in den ARGE-Beiräten und Optionskommunen und wir wollen ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften erstreiten.

Die bevorstehenden Rechtsformänderungen der ARGE n dürfen nicht auf dem Rücken der Erwerbslosen ausgetragen werden. Vielmehr wollen wir sichern, dass sie auch weiterhin alle Leistungen für Wiedereingliederung und Grundsicherung aus einer Hand erhalten.

Wir setzen uns für einen besseren Arbeits- und Datenschutz für Beschäftigte ein. Wir wollen die Kompetenzen im Verbraucherschutz in Sachsen endlich in einem Ministerium und in

einem Landtagsausschuss bündeln. Das Verbraucherinformationsgesetz wollen wir dringend nachbessern.

Dabei ist eine stabile Finanzierung der Verbraucherzentralen eine weitere wichtige Aufgabe.

1.12. Ausbildung und Beruf qualifizieren

DIE LINKE. Sachsen will jedem jungen Menschen mit dem Recht auf einen Ausbildungsplatz einen guten Einstieg in das Berufsleben ermöglichen. Darüber hinaus spricht auch ein gerechter Ausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Unternehmen für die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage. Neben der Quantität ist die Qualität der Ausbildung sicherzustellen. Das Ausbildungsangebot muss so ausgerichtet werden, dass sie dem zukünftigen Bedarf entspricht. Gute Ausbildungspolitik muss daher den Strukturwandel der Wirtschaft mit berücksichtigen. So kann die Zahl derjenigen erhöht werden, die nach der Ausbildung auch tatsächlich einen Arbeitsplatz in Sachsen finden. Der zukünftige Bedarf an Fachkräften in Sachsen ist daher durch ein Gremium von Fachleuten abzuschätzen und die Berufsausbildungsförderung ist daran zu orientieren. Dabei bleibt das Recht auf freie Berufswahl unangetastet. Wir stehen für ein abgestimmtes Agieren von regionaler Wirtschafts- und Ausbildungsplatzförderung. Auch der öffentliche Dienst muss seinen Beitrag zur Ausbildungsförderung leisten, anstatt das Angebot an Ausbildungsplätzen weiter zu reduzieren. Flexible Arbeitszeiten, familienfreundliche Freistellungsregelungen, leistungsgerechte Bezahlung und Einstellungskorridore im öffentlichen Dienst verjüngen das Personal und geben jungen Menschen eine berufliche Perspektive. DIE LINKE will Mädchen zu einer Berufswahl in technischen Berufen sowie Jungen in sozialen und erzieherischen Berufen motivieren.

Für DIE LINKE sind gut ausgebildete und motivierte Beschäftigte mit der Bereitschaft zu lebenslangem Lernen eine Voraussetzung für eine moderne öffentliche Verwaltung. Über die Mitbestimmung der Personalräte muss gesichert werden, dass die Aus- und Fortbildung im Rahmen einer gezielten Personalentwicklung qualitativ verbessert wird. Wir unterstützen eine umfassende Dienstrechtsreform mit dem Ziel der Schaffung eines transparenten und leistungsgerechten Dienst-, Besoldungs- und Versorgungsrechts.

Mit der Einführung von Instrumenten wie Lebensarbeitszeitkonten und Sabbatjahren im öffentlichen Dienst wollen wir der individuellen Lebensplanung, der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Weiterbildung stärker gerecht werden. Bildungstage für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wollen wir in Sachsen gesetzlich verankern.